

PLENUM AKTUELL

12. – 14. April 2011

Themen und Positionen

SPD-Landtagsfraktion



Energiewende längst überfällig

CDU/FDP:

Die Regierungskoalition von CDU und FDP versucht derzeit eine Kehrtwende in der Atompolitik, die aufgrund widersprüchlicher Aussagen nicht ernst zu nehmen ist. Gerade die FDP, die immer für Atomkraft gestritten hat, überholt sich derzeit selbst – auch das stellt die Glaubwürdigkeit in Frage. Der Blick auf die erst kürzlich von CDU und FDP gegen die mahnenden Stimmen von SPD und Grünen verlängerten Laufzeiten für Atomkraftwerke lässt an einer schnellen Energiewende zweifeln. Der von Rot-Grün mit den Atomkonzernen vereinbarte Ausstieg aus der Kernenergie wurde ohne Not von CDU und FDP aufgekündigt. Dieser Kniefall vor der Atomlobby holt die Konservativen nun ein. Denn auf die Milliarden-Gewinne, die damit den Stromriesen garantiert wurden, wollen diese trotz der Atom-Katastrophe in Japan nicht verzichten. Daher gehen die Stromkonzerne bereits jetzt gerichtlich gegen das Moratorium und die damit verbundenen Stilllegungen vor. Der nun entstandene Schaden für die Bundesregierung und somit für die Steuerzahler ist noch nicht absehbar.

Der Hessische Ministerpräsident hat zu einem Energiegipfel geladen und will sich an die „Spitze der Bewegung“ setzen. Doch die Unglaubwürdigkeit der Landesregierung wird durch die jahrelange Verweigerungshaltung, erneuerbare Energien in Hessen zu forcieren, deutlich. Diese Politik hat Hessen bundesweit an das Tabellenende bei den Erneuerbaren Energien geführt.

SPD:

Die SPD in Hessen hat die Energiewende lange gefordert und dazu bereits in 2006 ein vollständiges Konzept vorgelegt. Leider wurden diese Gesetzesinitiativen von CDU und FDP immer abgelehnt – wertvolle Zeit haben wir dadurch verloren.

Der Ausstieg aus der Atomenergie, wie von Rot-Grün auf Bundesebene beschlossen, hätte die dezentralen erneuerbaren Energien schneller voran gebracht. Die Aufkündigung dieses Konsens von Schwarz-Gelb war ein unverantwortlicher Rückschritt in der Energiepolitik.

Heute wird die SPD-Politik bestätigt – die Nutzung regenerativer Energien ist nicht nur sauber und sicher, sondern schafft tausende neue Arbeitsplätze und spült den Städten und Gemeinden Geld in die klammen Kassen.

Es ist bezeichnend, dass es für CDU und FDP erst Japan bedurfte, um die Gefahren der atomaren Energieversorgung endlich zu begreifen. Wir erwarten jetzt, dass unsere Konzepte aufgegriffen werden, der Atomausstieg schnellstens kommt und die Erforschung wie auch Förderung regenerativer Energien beschleunigt werden. Damit machen wir uns gleichzeitig unabhängig von Energieimporten aus politisch oftmals instabilen Regionen.

Um den Atomausstieg und die Energiewende schneller beraten zu können, haben wir einen parlamentarischen Sonderausschuss (wie auf Bundesebene) beantragt. Entscheidender Ort für Auseinandersetzungen muss das Parlament bleiben und nicht ein vom Ministerpräsidenten moderierter Energiegipfel. Zumal wichtige Mitstreiter wie die kommunalen Stadtwerke völlig außen vor gelassen wurden und stattdessen z.B. der Vorstandschef des Biblis-Betreibers RWE, Jürgen Großmann, beteiligt wurde. Das kann nicht Stil einer neuen Energiepolitik sein!

Unabhängig von der weiteren Beratung ist für uns Biblis A+B nicht verhandelbar, d. h. diese Blöcke müssen vom Netz bleiben. Darüber hinaus fordert die SPD, dass das Landesplanungsrecht endlich den Vorrang Erneuerbarer Energien berücksichtigt und keine Verhinderungsplanungen mehr zulässt.

Sicherstellung der Gesundheitsversorgung

CDU/FDP:

Die Regierungskoalition von CDU und FDP in Hessen spricht sich für mehr Mitsprache- und Mitentscheidungsmöglichkeiten der Länder bei der Bedarfsplanung für die ärztliche Versorgung aus.

In einem Antrag bitten sie die Landesregierung in den Verhandlungen mit der Bundesregierung darauf hinzuwirken, den Ländern mehr Kompetenzen bei der Bedarfsplanung einzuräumen.

Dies sollte nunmehr in einem Versorgungsgesetz auf Bundesebene geregelt werden.

Zwischenzeitlich war Gesundheitsminister Rösler bereits in die Verhandlungen mit den Ländern eingestiegen und hatte weitreichende Versprechungen gemacht. Diese Zusagen wurden aber bereits zwei Tage später von den CDU- und FDP-Bundestagsfraktionen wieder einkassiert und Röslers Vereinbarungen mit den Länderministern wurden aufgekündigt.

Ein auch für den neuen FDP-Chef mehr als peinlicher Vorgang, denn der Gesundheitsminister konnte die Vereinbarungen mit den Ländern gegenüber seiner eigenen Regierung nicht durchsetzen.

SPD:

Die SPD fordert seit langem eine kleinteiligere und regional angepasste Bedarfsplanung für eine wohnortnahe ärztliche Versorgung. Insbesondere mit Blick auf den demografischen Wandel muss eine flächendeckende Hausarztversorgung auch in ländlichen Gebieten sichergestellt werden. Gleiches gilt für soziale Brennpunkte in großen Städten, wo gleichfalls ein Ärztemangel zu verzeichnen ist.

Daher ist es unumgänglich, dass die Länder - aber auch die kommunalen Ebenen - mehr Einfluss bei der Versorgungsplanung erhalten. Auch deshalb ist uns wichtig, dass sogenannte Gesundheitskonferenzen auf regionaler Ebene eingerichtet werden und die Versorgungsentscheidung auch auf kommunaler Ebene getroffen wird. Wir kritisieren, dass die zwischen den Ländern und dem Gesundheitsminister vereinbarten Verbesserungsvereinbarungen einseitig von CDU und FDP auf Bundesebene aufgekündigt wurden und nun nicht mehr eingehalten werden. So werden die Länder wiederum nicht in wichtige ärztliche Versorgungsentscheidungen eingebunden - das ist ein skandalöser Vorgang!

Um den Arztberuf in der Fläche attraktiver zu machen, fordern wir, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Neben geeigneten und bezahlbaren Praxisräumen und gerechter Bezahlung gilt es auch, familienfreundliche Arbeitszeiten für die Landärztin bzw. den Landarzt zu organisieren. Eine verbesserte Notdienstregelung geht damit genauso einher wie der Aufbau von Gemeinschaftspraxen mit dem Vorteil einer leicht organisierbaren Vertretungsregelung.

Erneute Kürzung bei Bildung ist unerträglich

CDU/FDP:

Nachdem bereits in diesem Jahr 40 Mio. € im Kulturbereich gekürzt wurden, sieht das Kultusministerium für 2012 weitere Einsparungen in Höhe von 68 Mio. € vor. Damit gehen deutliche Einschnitte bei der Lehrerausbildung einher: So sollen ca. 1.000 Referendare weniger ausgebildet werden als bisher. Außerdem ist vorgesehen, 150 Ausbilderstellen zu streichen, die Zahl der Schulämter von 15 auf 6 zu reduzieren und statt 30 Studienseminaren, die für die Ausbildung der Referendare zuständig sind, soll es nur noch 20 geben. Mehr als 100 Stellen sollen zudem beim Amt für Lehrerbildung wegfallen.

SPD:

Für die SPD hat Bildung oberste Priorität! Daher kritisieren wir die erneuten Kürzungen im Bildungsetat. Die Anzahl der Referendare zu reduzieren, ist der völlig falsche Schritt und würde den ohnehin drohenden Lehrermangel dramatisch verschärfen. Die von der Kultusministerin versprochene 105%-ige Lehrerversorgung rückt damit in weite Ferne. Die Studienseminare landesweit um ein Drittel zu reduzieren, muss verhindert werden, denn dies wäre der Abschied von der Lehreraus- und -fortbildung in der Fläche.

Die SPD wehrt sich gegen die Zentralisierung und Schließung von Staatlichen Schulämtern. Lange Wege für Beratungen oder Schulungen sind kontraproduktiv. Gerade die zukünftigen Herausforderungen der inklusiven Beschulung müssten von den Schulämtern eng begleitet werden. Der kurze Weg zu den Schulen und zum Schulträger ist hierfür sehr wichtig!